

# Wie entsteht in Tübingen preiswerter Wohnraum?

**Direkt gefragt (2):** Vier Fragen richtet das TAGBLATT bis zur Bundestagswahl an die Kandidatinnen und Kandidaten der Bundestags- und Landtagsparteien für den Wahlkreis Tübingen. Alle bekommen für ihr Statement gleich viel Raum. Unsere zweite Frage: **Wie kann in einer Stadt wie Tübingen preiswerter Wohnraum entstehen?** Vom Kandidaten der AfD erhielten wir keine Antwort.



**Martin Rosemann**  
Bundestags-Abgeordneter der **SPD**

Die Förderung von bezahlbarem Wohnraum hat höchste Priorität. Die Mietpreisbremse kann ein wichtiges Instrument sein. Leider hat die CDU mit Kanzlerin Merkel jede Verschärfung blockiert. Hier wird die SPD dran bleiben. Verstärkter Neubau nimmt ebenfalls Druck vom Wohnungsmarkt. Die SPD hat in den letzten Jahren eine Verdreifachung der Bundesmittel für soziale Wohnraumförderung auf 1,5 Milliarden Euro durchgesetzt. Gemeinsam mit Ländern und Kommunen muss dieser Weg fortgesetzt werden. Auch genossenschaftliche Modelle brauchen Förderung. Wichtig ist auch, dass die Länder hier selbst aktiv werden. Ein sozial gestaffeltes Familienbaugeld, wie es die SPD vorschlägt, ermöglicht Wohneigentum auch für Familien mit niedrigen und mittleren Einkommen. In Städten mit angespanntem Wohnungsmarkt müssen alle Möglichkeiten zur Innenentwicklung genutzt werden. Der Verkauf öffentlicher Grundstücke muss sich an wohnungspolitischen Zielen orientieren und darf nicht der Spekulation preisgegeben werden.



**Chris Kühn**  
Bundestags-Abgeordneter der **Grünen**

Tübingen ist die viertteuerste Stadt Deutschlands. Bei uns explodieren die Mieten und die Immobilienpreise. Leider hat es die Bundesregierung nicht geschafft, eine funktionierende Mietpreisbremse ins Leben zu rufen. Hier will ich nachbessern. Die vielen Ausnahmen bei der Mietpreisbremse müssen zurückgenommen und das Gesetz deutlich nachgeschärft werden.

Außerdem will ich, dass der Bund wieder mehr in den sozialen Wohnungsbau investiert, denn davon profitiert ein angespannter Wohnungsmarkt wie in Tübingen am meisten.

Ich bin außerdem davon überzeugt, dass wir eine neue Wohnungsgemeinnützigkeit einführen müssen. Der Wohnungsmarkt muss dem Allgemeinwohl dienen, denn Wohnen darf kein Luxus sein.



**Heike Hänsel**  
Bundestags-Abgeordnete der **Linken**

Wir wollen eine echte Mietpreisbremse, die flächendeckend, bundesweit und unbefristet gilt. Mieterhöhungen sollen nur noch im Rahmen des Inflationsausgleichs möglich sein. Der Mietspiegel darf kein Mieterhöhungsspiegel sein: Alle Mieten müssen in die Berechnung einfließen und nicht nur die neuen. Wir wollen sozial durchmischte Stadtviertel statt Bettenburgen für die Armen und Hochglanzviertel für die Reichen. Dafür zielen wir auf einen Anteil von 30 bis 50 Prozent Sozialwohnungen in allen Vierteln. Zweckentfremdung von Wohnraum wollen wir mit einem Zweckentfremdungsverbot mit hohen Leerstandsabgaben stoppen. Die Privatisierung von öffentlichen Grundstücken und Wohnungen werden wir stoppen. Liegenschaften der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben dürfen nur noch an Kommunen, Länder, Mieterinitiativen und Mietersyndikate abgegeben werden. Öffentlicher Boden darf nicht privatisiert, sondern nur im Erbbaurecht vergeben werden. Gemeinnützige Nutzung wird dabei bevorzugt.



**Christopher Gohl**  
Bundestags-Kandidat der **FDP**

Einerseits entsteht der weitaus größte Teil der Wohnungen mit privatem Geld. Andererseits liegen wir sowohl bei der Neubaulas auch der Eigentumsquote nur im europäischen Mittelfeld. Wir Liberalen wollen vor allem den Neubau von Wohnungen und den Erwerb von Immobilien für Familien und Privatpersonen attraktiver und einfacher machen.

Deshalb sollten wir Genehmigungen vereinfachen, die jährliche Abschreibungsrate für Gebäude von zwei auf drei Prozent erhöhen, bei der Grunderwerbsteuer einen Freibetrag von bis zu 500 000 Euro für natürliche Personen festschreiben sowie die Mietpreisbremse abschaffen, die für die Mieter kaum wirkt und als Wohnraumbremse vor allem künftige Vermieter trifft, die sich das Abenteuer Vermietung gut überlegen.

Wirklich Bedürftige wollen wir über ein sachgerecht ausgestaltetes Wohngeld für Mieter fördern, das der örtlichen Mietentwicklung jährlich angepasst wird.



**Annette Widmann-Mauz**  
Bundestags-Abgeordnete der **CDU**

Das beste Mittel gegen ausufernde Mietpreise heißt Wohnungsneubau. Je größer das Angebot an Wohnungen, desto stärker werden die Mieten gedämpft. Darum wollen wir als Union den Bau von 1,5 Millionen neuen Wohnungen forcieren und den Mietwohnungsbau steuerlich fördern. Mit dem Baugebietstyp „Urbanes Gebiet“ haben wir schon ein dichteres Bauen von Wohnungen in Innenstadtlagen wie in Tübingen erleichtert. 28,6 Millionen Euro Bundesmittel flossen vor Ort bereits in die Sanierung von Ortszentren und die Umnutzung von Brachflächen. Damit der Traum vom Eigenheim möglich wird, werden wir ein Baukindergeld von 1200 Euro pro Kind und Jahr über zehn Jahre und bei der Grunderwerbsteuer Freibeträge für Erwachsene und Kinder einführen. Mit Blick auf den Mietmarkt werden wir die Mietpreisbremse in der kommenden Wahlperiode umfassend auswerten und die notwendigen Konsequenzen ziehen. Zudem ist eine Wohngeldreform geplant, um den individuellen Lebenssituationen besser gerecht zu werden.



**Dubravko Mandić**  
Bundestags-Kandidat der **AfD**